

Infrastruktur, Innovationen und Wachstum – Die Investitionsstrategie der Bundesregierung

Die deutsche Wirtschaft ist in einer guten Verfassung. Die konjunkturelle Lage ist stabil. Die Erwerbstätigkeit liegt auf Rekordniveau. Die Staatsverschuldung geht zurück.

Trotz dieser guten Bilanz dürfen wir nicht den Blick auf unsere Schwächen verstellen. So lagen private und öffentliche Investitionen seit über 10 Jahren auf historisch niedrigem Niveau, und unterhalb des Durchschnitts der Industrieländer. Setzt sich diese Entwicklung fort, verschärft sich der Substanzverlust unserer öffentlichen Infrastruktur, und unser Land wird bei wichtigen Zukunftsthemen wie der Digitalisierung abgehängt.

Aus diesem Grund hat Bundesminister Gabriel im Jahr 2014 eine Expertenkommission zum Thema „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ einberufen. Sie hat im Zuge ihrer Arbeit nicht nur Maßnahmen aufgezeigt, wie die Investitionen in Deutschland erhöht werden können, sondern auch den Fokus der Öffentlichkeit und der Politik auf das Thema Investitionen gelenkt.

In den vergangenen Monaten hat die Bundesregierung im Rahmen ihrer Investitionsstrategie viele Empfehlungen der Kommission umgesetzt. Damit wurde eines der zentralen Ziele der Fratzscher-Kommission erreicht: nämlich das Thema Investitionsstärkung in den Mittelpunkt der Politik der Bundesregierung zu stellen. Hauptziele waren dabei, den Substanzverlust bei der öffentlichen Infrastruktur zu stoppen und die Rahmenbedingungen für private Investitionen zu verbessern.

Öffentliche Investitionen stärken

Die öffentlichen Investitionen waren in den letzten Jahren vor allem in zwei Bereichen unzureichend:

- 1) Die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur reichen über lange Zeit nicht aus, um dem gestiegenen Bedarf und dem Verschleiß zu begegnen. Die Folgen – marode Straßen und gesperrte Brücken – sind für alle im wahrsten Sinne „erfahrbar“.
- 2) Die Kommunen haben traditionell den größten Anteil der öffentlichen Investitionen getragen. Immer enger werdende Finanzspielräume haben sie gezwungen, ihre Investitionen massiv zu reduzieren. Vielerorts reichten die Mittel nicht einmal mehr für Instandhaltungen: Schulgebäude verfallen, Schwimmbäder werden geschlossen.

Wir sind beide Probleme angegangen:

- Wir haben die **Investitionen des Bundes** seit Beginn der Legislaturperiode um 34 % auf 33,3 Mrd. Euro im kommenden Jahr erhöht. Dabei haben wir Haushaltsspielräume konsequent für Investitionen genutzt. Denn zu einer stabilitätsorientierten Wirtschafts- und Finanzpolitik gehört nicht nur, die Staatsverschuldung zu begrenzen, sondern auch dem Land die Grundlagen seines Wohlstandes, wie etwa solide Straßen, moderne Schulen, attraktive Universitäten zu erhalten.
- **Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur** wuchsen dabei seit Beginn der Legislaturperiode um über 20 % auf 12,8 Mrd. Euro im kommenden Jahr – ein Rekord. Dabei gilt: Erhalt vor Neubau. Denn je länger wir die jahrelang vernachlässigten Instandsetzungen hinauszögern, desto teurer wird es.
- Wir **entlasten die Kommunen** um 22 Mrd. Euro (2013-2018, einschl. der Länder um 45 Mrd. €) und haben damit neue Spielräume für Investitionen geschaffen. Davon gehen 3,5 Mrd. Euro über den Kommunalinvestitionsförderungsfonds an finanzschwache Kommunen – dort also, wo der größte Nachholbedarf liegt.

- Wir werden die **Kommunen** außerdem bei der Umsetzung von Investitionsvorhaben **unterstützen**. Da viele von ihnen nicht mehr die nötigen Verwaltungskapazitäten für komplexe Vorhaben vorhalten können, schaffen wir ein Beratungsangebot für Kommunen. Dafür wandeln wir die bisherige „ÖPP Deutschland AG“ zum Ende dieses Jahres in eine rein öffentliche Beratungsagentur um. Sie wird künftig nicht mehr nur ÖPP, sondern auch konventionell realisierte Investitionsprojekte – 95 % aller kommunalen Vorhaben – begleiten.
- Wir haben die **Mittel des Bundes an die Länder für den Wohnungsbau** für den Zeitraum bis 2020 um insgesamt 5 Mrd. Euro **aufgestockt**. Dazu gehören Mittel für die soziale Wohnraumförderung, das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ sowie ein Wohnungsbauprogramm für soziale Brennpunkte. Denn: Für eine angemessene Teilhabe am sozialen Leben ist bezahlbarer Wohnraum eine wichtige Voraussetzung.

Bessere Rahmenbedingungen für private Investitionen

Gut 90 % der Investitionen in Deutschland werden von privaten Unternehmen getragen. Sie sind der Schlüssel für Innovationen und um die Chancen der Digitalisierung und der Globalisierung zu nutzen. Den Empfehlungen der Fratzscher-Kommission folgend haben wir eine Vielzahl von kräftigen Impulsen für die private Investitionstätigkeit gesetzt:

- Wir haben **Bürokratie abgebaut** und auf dem Wege zweier Entlastungsgesetze den Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft um über 2 Mrd. Euro gesenkt. Davon profitieren insbesondere Existenzgründer und der Mittelstand. Und: Künftig gilt die „One in, one out“ – Regel in Deutschland. Kern dieses Ansatzes ist es, dass in gleichem Maße Belastungen abgebaut werden, wie durch neue Regelungsvorhaben zusätzliche Belastungen entstehen. Mit dem Bürokratienteilungsgesetz II wollen wir die Kommunikation mit der Verwaltung über das Internet voranbringen und die Steuerbürokratie weiter abbauen.
- Wir geben **Unternehmensgründern neuen Schub**. Sie beleben mit neuen Ideen unsere Wirtschaft und intensivieren den Wettbewerb. Dafür haben wir unsere etablierten Förderprogramme wie EXIST, INVEST erweitert und aufgestockt und neue Finanzierungsinstrumente wie den Risikokapitalfonds coparion aufgelegt. Insgesamt stellen wir für die nächsten Jahre rund 2 Mrd. Euro für die Weiterentwicklung und Aufstockung bestehender Programme zur Förderung von Wagniskapitalinvestitionen bereit.
- Wir geben **Impulse für Forschung und Entwicklung**, um die F&E-Ausgaben in Deutschland auf 3 % des BIP zu erhöhen. Denn nur mit innovativen Produkten können wir im globalen Wettbewerb bestehen. So wird unser Investitionsprogramm für Mikroelektronik mit rund 1,0 Mrd. Euro u.a. die anwendungsorientierte Forschung und den Aufbau von Produktionsstätten in Deutschland fördern. Die Mikroelektronik ist eine Schlüsseltechnologie, die zum Beispiel in Fahrzeugen, Flachbildschirmen, Smartphones und der industriellen Fertigung zur Anwendung kommt. Mit der Förderung sichern wir daher zukunftssträchtige Arbeitsplätze und Know-How in Deutschland.
- Wir ergreifen die **Chancen der Digitalisierung**. Dafür brauchen wir flächendeckend schnelles Internet. Die Bundesregierung fördert daher den Breitbandausbau mit insgesamt 2,1 Mrd. Euro. Bis 2020 sind weitere Mittel in Höhe von 1,3 Mrd. Euro vorgesehen. Mit der „Digitalisierungsoffensive Mittelstand“ begleiten wir KMU durch die digitale Transformation. Dafür können sie sich künftig bei vier „Mittelstand 4.0-Agenturen“, bei zehn „Mittelstand 4.0 –

Kompetenzzentren“ und beim Kompetenzzentrum „Digitales Handwerk“ fit machen in Sachen Digitalisierung und Industrie 4.0.

- Wir setzen Anreize für Energieeffizienz. Damit stoßen wir zusätzliche Investitionen in hocheffiziente Gebäude, Produkte, Technologien und Verfahren in Höhe von über einhundert Milliarden Euro bis zum Jahr 2020 an.
- Wir stärken **Investitionen in Europa** und beteiligen uns daher über die KfW mit 8 Mrd. Euro am Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI). Dieser Fonds unterstützt Projekte mit hohem Wachstumspotenzial – zum Beispiel in der Forschung – in ganz Europa.
- Wir wollen **Leitanbieter für Elektromobilität bleiben**. Daher haben wir Fördermaßnahmen in Höhe von 1 Mrd. Euro beschlossen: wir fördern den Erwerb von Elektroautos, erhöhen ihren Anteil im Fuhrpark des Bundes und verbessern die Ladeinfrastruktur.

Was noch zu tun ist – die Sicht des BMWi

Deutschland steht vor enormen Herausforderungen: Wir erleben derzeit einen tiefgreifenden, durch die Digitalisierung getriebenen Technologiesprung, der auf eine investitionsmüde Wirtschaft und eine alternde, sich im sozialen Wandel befindliche Gesellschaft trifft. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, ist eine wirtschaftspolitische Gesamtstrategie erforderlich, die öffentliche – physische und soziale – Investitionen, Anreize für Innovation und Digitalisierung und Reformen besonders im Bereich von Arbeitsangebot und Erwerbsbeteiligung verbindet und dadurch einen neuen privaten Investitionsschub auslöst. Dazu gehören:

- Die Schaffung einer neuen öffentlichen Struktur für die Verwaltung der **Bundesfernstraßen**, die schnellere und bessere Investitionen im Lebenszyklus ermöglicht und die Probleme der existierenden Auftragsverwaltung beseitigt. Private Beteiligungen an dieser Struktur – oder gar Privatisierung der Bundesfernstraßen selbst – werden dabei ausgeschlossen.
- Eine dauerhafte **Verbesserung der Finanzsituation der Kommunen**. Hierzu gehört auch, gemeinsam mit den Ländern, eine wachstumsorientierte Weiterentwicklung der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“.
- **Private Infrastrukturfinanzierung im öffentlichen Interesse**. Wir prüfen deshalb Modelle, die kostengünstig privates Kapital und Know-How einbinden, ohne die Kommunen zusätzlichen Risiken auszusetzen.
- Eine **Investitionsoffensive für digitale Gigabit-Netze**. Unternehmen in Gewerbe- und Mischgebieten, aber auch private Haushalte benötigen Zugang zu schnellem Breitband der neuesten Generation. Der Staat sollte hier mit Förderprogrammen, aber auch mit der richtigen Regulierung Anreize setzen.
- Die Prüfung einer gezielten, Mitnahmeeffekte minimierenden, **steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung (F&E)**, damit F&E von privaten Unternehmen nicht verlagert, sondern in Deutschland stattfindet, denn hieraus entstehen Mehrwerte entlang der gesamten Wertschöpfungskette.
- Weitere Investitionsanreize und steuerbürokratische Erleichterungen für **junge Unternehmen und KMU**, zum Beispiel durch die Anhebung der Abschreibungsgrenze für Geringwertige Wirtschaftsgüter, steuerliche Erleichterungen bei der Gewinnthesaurierung und bei der Anrechenbarkeit von Verlustvorträgen im Falle eines Anteilseignerwechsels.

- Ein inklusiveres und besser finanziertes **Bildungssystem** um die wachstumshemmenden Folgen des Fachkräftemangels abzufedern und sozial Schwächere und Migranten besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dazu gehört **Digitale Bildung, physische Investitionen im Schul- und Hochschulbereich** und Investitionen in **Mentoring-Programme**, die sich an Jugendliche aus bildungsfernen Elternhäusern und Migranten wenden. Damit der Bund die Länder bei diesen wichtigen Aufgaben besser unterstützen kann, sollten wir das **Kooperationsverbot aufzuheben**.
- Investitionen in **Ganztagsbetreuung** sowohl im frühkindlichen als auch im schulischen Bereich sowie steuer- und abgabepolitische Reformen, die Geringverdiener entlasten und den Übergang von geringfügiger zu sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung erleichtern. Damit wird die **Erwerbsbeteiligung, besonders von Frauen**, gefördert.
- Unserer wirtschaftliche Entwicklung hängt in hohem Maße von unseren europäischen Nachbarn ab. Daher sollten wir – gerade vor dem Hintergrund des Brexits und der anhaltenden Krise in vielen europäischen Ländern – unser Engagement für Europa intensivieren und auch auf europäischer Ebene stärkere Anreize für Investitionen setzen. Dazu könnte die Verstärkung des EFSI gehören sowie eine investitionsfreundlichere Auslegung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

Fazit

Die Bundesregierung hat mit ihrer Investitionsstrategie vieles unternommen, um die seit Jahren schwachen öffentlichen und privaten Investitionen zu stärken. Insgesamt setzt die Bundesregierung über den Zeitraum 2014 bis 2020 Impulse für zusätzliche öffentliche und private Investitionen in einer Größenordnung von 40 Mrd. Euro. Mit unseren Maßnahmen haben wir dazu beigetragen, die Investitionen in Deutschland zu beleben und sie im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt näher an den OECD-Durchschnitt heranzuführen. Es bleibt aber noch einiges zu tun, damit unser Land in den kommenden Jahrzehnten zukunftsfähig bleibt: im Verkehrsbereich, in der Regionalpolitik, bei Forschung und Entwicklung, bei Unternehmensgründungen, im Bildungsbereich und im Bereich der Ganztagsbetreuung. Nur mit einer wirtschaftspolitischen Gesamtstrategie, die auf eine moderne Infrastruktur, innovative Unternehmen und eine inklusive Gesellschaft ausgerichtet ist, können wir die Rahmenbedingungen für private Investitionen in Deutschland nachhaltig verbessern und damit die Grundlagen unseres Wachstums und unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit sichern. Gleichzeitig leisten wir dadurch einen wichtigen Beitrag für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa und zum Abbau der innereuropäischen Ungleichgewichte.